

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallner Zeitung)

Anzeigen
Für die einseitige Kolonialzeitung
oder deren Raum 15 Bsp.
Für auswärtige Besteller 20 Bsp.
Reklamen 60 Bsp.

Bezugspreis
monatlich 80 Bsp., mit Bringer-
lohn 85 Bsp. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2,55 Mk.
auschl. Postgebühren.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftsteller
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 137.

Dienstag, den 19. November 1918.

26. Jahrgang

Der Waffenstillstand.

Eine Bekanntmachung

der deutschen Waffenstillstandskommission.

Berlin, 18. Nov. (B. V.) An die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete und der Umgegend von Köln, Koblenz und Mainz!

Die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages bedeuten für die linksrheinischen Gebiete und die rechtsrheinischen Gebiete innerhalb eines mit 30 Kilometer Halbmesser um die Rheinbrücken von Köln, Koblenz und Mainz geschlagenen Kreises (sogenannte Brückenköpfe) folgendes:

1. Diese Gebiete sind durch die deutschen Armeen zu räumen. Das bedeutet nur, daß die unter den Waffen befindlichen Truppen aus den Gebieten zurückgezogen werden sollen, damit der deutschen Regierung für die Dauer des Waffenstillstandes die Möglichkeit genommen wird, das linksrheinische Land als Aufmarschgebiet zu benutzen. Die gesamte Zivilbevölkerung, auch die Wehrpflichtigen und die Militärinternierten, können ungehindert auch bei der nachfolgenden feindlichen Besetzung des Landes an ihrem Wohnort verbleiben. Im Verlaufe der ordnungsmäßigen Demobilisierung werden auch die aus diesen Gebieten stammenden Angehörigen des Heeres und der Marine, soweit sie von der Demobilisierung betroffen werden, in die Heimat entlassen werden.

2. Der Räumung dieser Gebiete durch die deutschen Truppen wird eine Besetzung mit feindlichen Garnisonen für die Dauer des Waffenstillstandes und nicht vor dem 1. Dezember folgen. Der Feind hat sich das Recht vorbehalten, Requisitionen mit ordnungsmäßiger Abrechnung vorzunehmen, jedoch ist von den Bevollmächtigten der feindlichen Regierungen erklärt worden, daß diese Requisitionen die tatsächlichen Bedürfnisse der Besatzungstruppen nicht überschreiten dürfen.

3. In allen geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern untersagt. Dem Eigentum der Einwohner darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Niemand wird wegen der Teilnahme an Kriegsmahnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorgegangen sind, verfolgt werden. Keinerlei Zerstörungen irgendwelcher Art dürfen ausgeführt werden. Die Depots von Lebensmitteln jeder Art für die Zivilbevölkerung, Vieh usw. müssen an Ort und Stelle verbleiben. Andererseits ist Deutschland verpflichtet, keinerlei allgemeine oder staatliche Maßnahmen zu treffen, noch besondere Befehle zu erteilen, die eine Entwertung der industriellen Unternehmungen oder eine Verringerung ihres Personals herbeiführen sollen. Eisenbahnen und sonstige Verkehrsmittel werden weiterarbeiten.

4. Der Zusammenhang der linksrheinischen Gebiete mit dem Deutschen Reich wird in keiner Weise angefaßt. Der Feind macht lediglich Anspruch auf eine Gesamtkontrolle.

Leben und Eigentum der Bevölkerung ist somit nicht gefährdet. Die Bevölkerung handelt richtig, wenn sie ihren Wohnort nicht verläßt und auch sonst keine unüberlegten Maßnahmen trifft, um eingebildeten Gefahren zu begegnen.

Die Waffenstillstandskommission:

Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorff, General v. Winterfeldt, Kapitän z. S. Vanselson.

Prinz Max' Rechtfertigung.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hat über seine Führung der Reichsgeschäfte Rechenschaft abgelegt, die soeben von der Redaktion der „Preussischen Jahrbücher“ als Flugschrift veröffentlicht wird. Prinz Max erklärt, er sei sich bei der Übernahme des Reichskanzleramtes bewußt gewesen, daß der Krieg verloren war. Er habe Deutschland, soweit dies noch möglich war, durch demokratische Umgestaltung und Völkerverständigung zu retten versucht, habe aber dieses Ziel nicht erreichen können. Seine Friedenspolitik sei entscheidend gestört worden durch das Waffenstillstandsangebot, das ihm fertig vorgelegt wurde, als er in Berlin eintrat. Der Prinz hat es bekämpft, weil es

ihm als ein schwerer Fehler erschien, den ersten Schritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis von Deutschlands Schwäche zu begleiten. Er hätte dann den Gegenvorschlag gemacht, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, welches vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen. Die militärischen Autoritäten hätten darauf geantwortet, auf die Wirkung einer solchen Rundgebung könne nicht mehr gewartet werden, die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Darauf hätte der Prinz sich entschlossen, das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbefangenen Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche indes hätten die militärischen Autoritäten ihm eröffnet, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten.

Prinz Max geht dann auf die Ursachen des Zusammenbruchs der inneren Front ein. Die Ausschaltung aller Nebenregierungen war im besten Gange. Bei dem ersten Konflikt gab Ludendorff nach, beim zweiten nahm er seinen Abschied. Dann kam die Auflösung der Abdankungsfrage durch den Präsidenten Wilson. Der Prinz habe den Kaiser dauernd orientiert, daß dessen freiwilliger Entschluß das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren könnte. Man dürfe das Zögern des Kaisers nicht falsch verstehen. Es seien gewichtige Einflüsse am Werk gewesen, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front wäre. Schließlich schreibt der Prinz: „Der Umsturz hat sich unwiderruflich vollzogen. In die Hand der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt: sie kann uns als eine Nation retten, sie kann uns als Nation zerstören. Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist und dem es Überzeugungsache ist, daß Deutschland nur seiner internationalen Pflicht genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Diese Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, durch eine verfassungskonforme Nationalversammlung die Grundlagen für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht erträgt das neue, befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorffs befreit. Es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen.“

Der Prinz schließt mit den Worten eines Soldatenbriefes: „Gedet der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Krieg hervorgeht.“

Eberts Auslassungen.

BB. Berlin, 18. Nov. Der Reichskanzler Ebert gewährte dem Herausgeber der Amerikanischen Korrespondenz William Forbster eine Unterredung, in der er u. a. sagte:

Man wird in Amerika und überall mehr durch unsere Handlungen als durch meine Worte erkennen, daß wir die erst begonnene Arbeit ernst und tatkräftig fortsetzen wollen. Das deutsche Volk, soweit es noch nicht demokratisch ist, wird es nach und nach werden. Wir sind ein langsam denkendes Volk. Schnell sind wir nicht, dagegen sind wir aber ein Gesetz achtendes und Gerechtigkeit liebendes Volk. Die Männer der gegenwärtigen Regierung bilden die Regierung des ganzen deutschen Volkes. Wir behalten weiter unsere Mandate der sozialistischen Partei und haben alle Gelegenheit, für unsere Grundsätze und unseren politischen Glauben einzutreten, und gerade weil wir an die Rechte des Volkes glauben, werden wir fortfahren wie bisher, ohne die Rechte Andersdenkender zu verletzen, für unsere Grundsätze und unseren politischen Glauben einzutreten und bemüht sein, an dem Aufbau einer Weltordnung mitzuarbeiten, in der die werterzeugende Klasse nicht eine enterbte Klasse sein soll. Diese Gerechtigkeit wird überall triumphieren, wo wirklich demokratisch regiert wird, und nirgends wird dieser gerechte Grundsatz wahrere und allgemeinere Anerkennung finden, als gerade beim deutschen Volk, und deswegen wird die deutsche Republik auch in der Einwohnerzahl nächst der amerikanischen die größte Republik der Welt werden.

Jetzt handelt es sich für uns, und in gewissem Grade auch für unsere früheren Gegner, um die Prognose. Ihr Präsident scheint auch in dieser Hinsicht richtig zu denken. Hunger kann uns nicht stärken. Es

gibt jetzt, die schwer erkämpfte Demokratie auszubauen, und, wenn notwendig, für ihr Fortbestehen zu kämpfen. Die junge deutsche Republik legt Wert darauf, von dem amerikanischen Volk und seinem Präsidenten verstanden zu werden. Wir hoffen, daß das uns so leichter geschehen wird, als viele Gedankengänge des Präsidenten Wilson und damit des amerikanischen Volkes ganz den Gedanken entsprechen, die die deutsche Republik und ihre Regierung, ihre Volksbeauftragten, beherrscht haben und weiterhin beherrschen.

Im besonderen sind die Forderungen nach einem Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit, nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, nach der Herrschaft der Völker über ihr eigenes Land und nach Bildung eines Völkerverbundes wesentliche Bestandteile des Planes der gegenwärtigen Regierung. Um unseren politischen Plan und die Demokratie in Deutschland durchzuführen zu können, ist die Frage der Volksernährung die Grundlage jedes staatlichen Lebens. Diese Frage ist eine unbedingte Voraussetzung des Weiterbestehens der deutschen Volksrepublik. Wir haben es deshalb mit Freude empfunden, wie sehr der Präsident der Vereinigten Staaten diese Voraussetzung durch das Versprechen einer tatkräftigen Hilfe anerkannt hat. Uebermitteln Sie Ihrem Herrn Präsidenten und dem amerikanischen Volke unseren Dank und lassen Sie uns hoffen, daß nach einem gerechten Frieden gemeinsame Gedanken auch gemeinsames Arbeiten ermöglichen werden, zum Heile des amerikanischen und des deutschen Volkes, aber auch zum Segen der ganzen Menschheit.

Scheidemann

über den Hungerkrieg und die Nationalversammlung.

Das Mitglied der Reichsleitung, Scheidemann, erklärte einem Vertreter der „Continental Times“:

Das deutsche Volk anerkennt die erste Friedensstat, das deutsche Volk mit Lebensmitteln zu versehen. Was wir tun können, geschieht: ein Austausch wird sich unverzüglich zum amerikanischen Gesandten im Haag begeben, um eine Beschleunigung der von dem Präsidenten Wilson in Aussicht gestellten Unterstützung zu ermöglichen und vorläufige Sendungen in die Wege zu leiten. Aber heute, in der hoffentlich letzten Stunde unseres Martyriums, das angesichts der vernichtenden Waffenstillstandsbedingungen vielleicht nur durch ein neues, schlimmeres abgelöst wird, muß für immer vor aller Welt festgestellt werden:

Noch nie ist ein Krieg grausamer und noch nie im Rahmen eines Krieges der Kampf gegen Leben und Gedeihen eines Volkes so unbarmherzig und nachhaltig geführt worden, wie der Hungerkrieg gegen unsere Frauen und Kinder in der Heimat.

Die Verlustziffern sind selbst im Vergleich zu den blutigen Verlusten aller Völker unheimlich. Was aber auf die Dauer an Gesundheit und Lebenskraft geschwächt wurde, ist kaum abzuschätzen. Was der Krieg und seine Folgen für unsere Zukunft bedeuten, das können Sie am besten aus den Beobachtungen erleben, die bei unsern Müttern und Säuglingen gemacht wurden. 70 vom Hundert aller Schwangeren und Gebärenden sind unterernährt und kommen so ausgehungert in die Klinik, daß kein Essenrest vor ihnen sicher ist. Unterernährung und Mangel an Vitaminen haben einen solchen Umfang angenommen, daß die Grippe nahezu 20 v. H. aller Schwangeren und Wöchnerinnen fingerkraft hat. Die Kinder können von den Müttern nicht gestillt und mit dem viertel Liter Milch auch nicht mit der Flasche ernährt werden, so daß wir jetzt eine Sterblichkeit von mindestens 30 v. H. bei den ehelichen Kindern und 50 v. H. bei den unehelichen Kindern haben. Heute besteht in Deutschland tatsächlich der schreckliche Zustand, daß wir für die Mütter und Neugeborenen der ärmeren Bevölkerung eine vollkommene, die schwersten Opfer fordernde Hungersnot haben. Sie sehen daraus, daß für unsere bisherigen Gegner der Krieg mit dem letzten Schuß tatsächlich vorbei war, während er für uns noch im Marke des Volkes weiter wühlt. Einen wirklichen Frieden kann für uns erst umfassende Ernährung und damit Neubelebung der Arbeitskraft bedeuten.

BB. Berlin, 18. Nov. Ueber die Wahlen zur Nationalversammlung äußert sich Scheidemann im „Vorwärts“: Kein politisches und kein wirtschaftliches Gedeihen ohne Nationalversammlung! Das muß die Parole für die deutsche Reichsleitung sein. Für die sozialdemokratische Partei aber gilt es, für einen Wahlkampf zu rüsten, wie es feinesgesehen auch kaum anders hat. Eine Entschiedenheit mehr sollen.

die wahrlich nicht geringere geschichtliche Bedeutung besitzt, als die Entscheidung des Schlachtfeldes. Alles, was in unserer Partei an Opfermut und Kampfeslust lebt, alle geistigen und materiellen Kräfte müssen angespannt werden bis zum letzten, damit der Sieg unser bleibt.

Zur inneren Lage.

Die Geister im neuen Deutschland beginnen sich zu scheiden. Zwei Lager bilden sich heraus. In dem einen stehen die Befürworter der konstituierenden Nationalversammlung, in dem anderen ihre Gegner. Für die Nationalversammlung sind die alten bürgerlichen Parteien, die alte Sozialdemokratie, und, wie es scheint, auch ein Teil der Unabhängigen, gegen sie der Rest der Unabhängigen und die ganz Radikalen, die Spartakusgruppe. Diese letzteren erstreben die „Diktatur des Proletariats“ und die Herstellung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Die Spartakusgruppe scheint auch vor Gewalt nicht zurückzuschrecken. Die Gefahr eines Bruchs wird in Regierungskreisen als sehr ernst angesehen. Allerdings erwartet man, daß er sehr schnell und blutig unterdrückt werden würde. Man weiß, daß die Spartakusleute zum Aufruhr entschlossen sind und über eine Schaar verzweifelter Draufgänger verfügen, die in der ersten Verwirrung Waffen an sich zu bringen wußten. Die Berliner Garison ist, wie aus zahlreichen Kundgebungen hervorgeht, bereit, für Ruhe und Ordnung einzutreten.

Mehr als 3000 aktive Unteroffiziere des Gardekorps und des 3. Armeekorps nahmen in einer Versammlung allgemein gegen das Einbringen der Spartakusleute in die Kasernen Stellung. Man beschloß, den Beziehungen der Spartakusleute entgegenzutreten.

An den Kaffeehäusern in Potsdam ist folgender Anschlag zu lesen: Ich bitte die Kameraden der Garison Potsdam, sich der neuen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes. Prinz Eitel Friedrich.

Die Bestrebungen, die auf Ausrufung der Rheinprovinz als Republik hinarbeiten, haben, wie verkündet, in Koblenz Boden gefaßt. Eine Versammlung von 3000 Teilnehmern sprach sich für die Republik Rheinland aus, wenn die Exzente Annetionsabsichten zeigen sollte.

Soziales.

Ein Generalabkommen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften.

BB. Berlin, 16. Nov. Die großen Arbeitgeberverbände haben mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das folgende vereinbart: 1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt. 2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig. 3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Berufsvereine (die sogenannten wirtschaftlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen. 4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Arbeitsstellen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfang durchgeführt werden kann. 5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises. 6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und spätestens zum Abschluß zu bringen. 7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiter-

zahl von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden. 8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse bzw. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Vertretern. 9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden. 10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen, sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der schwer Kriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet. 11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden. 12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweiter gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung. Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Berlin, den 15. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.

Merke! Nachrichten.

Die Kämpfe in Lemberg.

(b.) Wien, 17. Nov. Aus Lemberg wird gemeldet: Die Stadt macht einen geradezu erdrückenden Eindruck. Seit zehn Tagen droht hier die Luft von dem Donner der Kanonen und dem Kratzen der Maschinengewehre. Die polnischen Legionäre und ihre Hülfstruppen kämpfen aus ihren verschiedenen Stellungen gegen die Ukrainer, die an Zahl überlegen sind. Die Ukrainer halten noch das Landtagsgebäude, das Rathaus, die Statthaltereier und die Hauptpost, soweit sie nicht niedergebrannt ist, trotz des Ansturmes der polnischen Artillerie. Die Häuser haben erheblichen Schaden gelitten. Die Zahl der Toten wächst mit jeder Stunde. Tagsüber werden zahlreiche Schwerverwundete auf Leiternwagen und Lastautos in die Hospitäler geschafft.

Die Bewegung in Holland.

BB. Holland, 19. Nov. „Hollandsch Nieuws Bureau“ meldet: Die revolutionäre Bewegung ist nun vollständig zum Stehen gebracht worden. Der am Samstag und Sonntag in Rotterdam abgehaltene Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stand unter dem Eindruck der fest entschlossenen Bürgerlichen. Er beschloß, sich mit Erklärungen Trotskys und der anderen Führer nicht einverstanden zu erklären, sondern die gewünschten Änderungen auf parlamentarischem Wege zu erstreben. Diese Reformen enthalten die bereits bekannte Änderung des Wahlrechts, das alle Männer und Frauen nach eingetretener Volljährigkeit umfaßt, Abschaffung der ersten Kammer, viele wirtschaftliche Änderungen und Deckung aller Kriegsausgaben durch Besteuerung aller großen Kapitalien und Einnahmen, Einschränkung der monopolisierten Betriebe, freie Altersversicherung. Die Bedingung, daß Holland eine Republik sein sollte, wurde nicht gestellt. Die

revolutionäre Bewegung hat im Gegenteil ein kräftiges Aufleben des monarchistischen Geistes hervorgerufen. Es zeigt sich im ganzen Lande durch Kundgebungen verschiedenster Art, Füllung von Flaggen, Tragen des Oranienabzeichens. Vom Bürgermeister im Haag wurde eine Kundgebung aller loyalen Kreise im Haager Stadtwald veranstaltet, zu der die Königin auch erschienen war. Sie ist inebels begnügt worden. Die revolutionäre sozialistische Partei beschloß, sich künftig „Internationale kommunistische Partei“ zu nennen und den revolutionären Gedanken für den Augenblick aufzugeben.

Kleine Meldungen.

(b.) München, 17. Nov. Die Hochzeit des früheren Kronprinzen Rupprecht mit einer luxemburgischen Prinzessin wurde mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse auf unbestimmte Zeit verschoben.

(b.) Kopenhagen, 17. Nov. Der frühere Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin mit Gemahlin und zwei Söhnen ist hier eingetroffen und vom König empfangen worden.

(b.) Haag, 19. Nov. Am Abend vor dem Einzuge des belgischen Königs paares in Gen. trug sich ein schauerliches Schauspiel zu. Man strasste alle diejenigen ab, die es mit dem Feinde gehalten hatten. Den Ausreutern wurden die Fenster zertrümmert, die Läden geplündert und alles, aber auch alles, auf die Straße geworfen. Man verbrannte es, was nicht geraubt wurde. Der weiblichen Bevölkerung, die mit den Deutschen auf gutem Fuß standen, schnitt man die Haare ab, das Volk auf der Straße zog sie aus und trug sie so in der Stadt herum.

(b.) Berlin, 19. Nov. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Rotterdam gemeldet: Am Freitag nachmittag überflog ein neues Personenbeförderungsflugzeug mit 40 Passagieren, größtenteils Journalisten, London. Das Flugzeug erreichte eine Höhe von 6000 Fuß. Es ist das größte auf der Welt und kann 70 Menschen mitführen.

Franzosen fordern 340 Milliarden??

BB. Berlin, 18. Nov. Hinsichtlich der Entschädigungsfrage schätzt ein Mitarbeiter des „Matin“ die Schuld Deutschlands gegen Frankreich auf 340 Milliarden, nämlich die Rückzahlung der 5 Milliarden Kriegskosten von 1870 mit Zins und Zinseszins, für Pensionen 140 Milliarden, für Invaliden pensionen 50 Milliarden, für Kriegskosten 50 Milliarden, zum Wiederaufbau und als Schadenersatz 100 Milliarden. Die vorherige Anerkennung dieser Gesamtsumme sei, wie das Blatt hervorhebt, die Vorbedingung der Friedensverhandlungen. Alle anderen Entschädigungen würden ähnliche Forderungen stellen, so daß das deutsche Nationalvermögen zur Begleichung nicht ausreicht. Die Entente werde deshalb bestimmen, wieviel man den Deutschen jährlich zum Leben lassen müsse.

(Vorläufig wollen wir dieses Rechenexempel als erbärmliches Geschreibsel betrachten und betonen, daß in der französischen Presse eine ungeheuerliche Geistesverwirrung einzutreten scheint.)

Wilson's Europareise.

BB. Zürich, 18. Nov. Die amerikanischen Zeitungen widmen der Europareise Wilson's zur Friedenskonferenz große Artikel. Der Kongress soll eine besondere Bewilligung erteilen. Wilson begibt sich dann nach Versailles, um an der Schlusssitzung teilzunehmen.

Oberst House.

(a.) Zürich, 19. Nov. Oberst House äußerte Freirettern gegenüber seine Befriedigung über den Weg, den die deutsche Revolution einzuschlagen scheint. Die Alliierten hätten nicht die Absicht, gegen Deutschland vorzugehen. Sie wollten vielmehr mit Deutschland zusammenarbeiten. Mit einem Deutschland, das unter einer Diktatur stehe, sei es eine militärische

Das Auge der Nacht.

Eine Erzählung aus Transvaal von J. B. Milford.
Deutsch von M. Walter.

34 (Nachdruck verboten.)

Wie ein Stern! Seite an Seite standen die beiden Männer. Schweigend in stummer Bewunderung des festsamen Naturwunders anstehend. Hier hatte die Erde von den Schätzen, die ihr Inneres barg, ein kostbares Kleinod losgelöst, um es wie eine eifige Schönheit sichtbar am Gürtel zu tragen. Sichtbar und doch, wie aus Nichts vor den Augen, nimmerfalten Menschenkindern, an einer Stelle befestigt, zu der dem Anschein nach kein Sterblicher gelangen konnte und zu der sich in lauten Jahrhunderten auch keiner hin verirrt hatte.

Leuchtend wie ein Stern! So wie ein falkenher. funkelnder Stern! Aber blieb es nicht von ihm, daß er die diabolische Macht besaß, die ihn anlockte, die Verderben zu soden? Hatten nicht jene Kräfte, die seinen Reichtum erstreckt, ihr fähiges Wagnis mit dem Tode büßen müssen?

Diese letztere Erwägung dämmte Kanningas Trummben wunderbaren Schatz endlich entdeckt zu haben, um ein beträchtliches: Selwyn blaues hatte Nähe, einen lauten Freudenanbruch zu unterbrechen.

„Wieviel Reicht werden wir gebrauchen, da hinunter zu gelangen?“ fragte er eifrig, mit der Hand in die Tiefe zeigend.

„Unmöglich zu sagen,“ erwiderte Kanninga. „Wir können aber etwas weiter vordringen und die Entfernung zu berechnen suchen. Dazu reicht das Mondlicht aus. Nur um eins bitte ich Euch, Selwyn!“ Warte er mahnend hinzu den rasch Vorwärtsschreitenden zurückhaltend. „Haltet Euch Unerschrocken, sonst könnte es Euch geschehen, daß Ihr kopfüber in einen dieser Krater stürzt.“

„Schon gut!“ lachte Selwyn nervös. „Ich werde vorsichtig sein wie ein Fisch. Geht Ihr meinetwegen voran!“

Vorsichtig stiegen sie im Schein des unsicheren Mondlichts ein Stück tiefer hinab; doch dadurch verloren sie

„Licht und weiter flattern!“ drünte Selwyn. „Ich muß den Stein noch einmal sehen.“

Er stand eben im Begriff, seinen Worten die Tat folgen zu lassen, als er sich plötzlich von Kanninga zurückgehalten fühlte. „Keinen Schritt weiter!“ rief dieser warnend. „Wenn Euch Euer Leben lieb ist.“

Wohlwollend blieb Selwyn stehen. Unmittelbar vor ihm ähnte ein tiefer Abgrund.

„Das war um Haarebreite!“ — rammte er, während ihn ein kalter Schauer überfiel, als er daran dachte, welcher Gefahr er sich entzogen.

„Na, la!“ nickte Kanninga bedächtig. „Ihr werdet nun festlich einsehen, daß es besser ist, das Fächerlicht abzuwarten. Ueberbleibsel kommen wir auf dieser Seite gar nicht hinunter, die Kessel sind zu heiß. Doch laßt!“ unterbrach er sich, da leuchtete der Stein wieder: wir hätten auf, uns die Stelle zu merken, denn am Tage wird er schwer zu finden sein.“

„Die Stelle merken?“ fragte Selwyn verwundert. „Wie wollt Ihr denn das anstellen? Da unten herrscht so eine diabolische Finsternis!“ Kanninga antwortete nicht, sondern zog sich leise ein Bündel Stöcke unter seinem Rammstod hervor, die sich bei näherer Betrachtung als Pfeile erwiesen. Alsdann brachte er noch einen Bogen und einlege in ein Tuch gewickelte Stäbchen Rast zum Vorschein.

„Was Ihr für ein findiger Kopf seid!“ äußerte Selwyn, voll Interesse aufschauend, wie der andere den Rast an den Pfeilen befestigte. „Ich konnte es mir gar nicht erklären, wozu Ihr die Finger mitschleppt.“

Ein echter Schachspieler muß auf alles bedacht sein,“ erwiderte Kanninga, den Bogen spannend und sorgfältig zielend. „Der Rast wird deutliche Spuren hinterlassen,“ bemerkte er, während er sämtliche Pfeile in die Tiefe sandte, „und das wird uns die Arbeit sehr erleichtern. Morgen früh werden wir sehen, ob es möglich ist, den Schatz zu heben. Doch mich dünkt, für den, der ihn gesehen hat, gibt es kein Unmöglich. Meint Ihr nicht auch, Selwyn?“

Dieser stimmte bei, und nachdem sie den leuchtenden Stein noch eine Weile betrachtet hatten, kehrten sie an ihren Lagerplatz zurück, mit begrifflicher Ungeduld den Anbruch des Tages erwartend.

Als der Morgen anbrach, machten sie sich, wohl an-

gerüstet mit allen Werkzeugen, deren sie für ihr gefährliches Unternehmen bedurften, auf den Weg. An der Stelle, von wo aus Kanninga die Pfeile abgeschossen hatte, blieben sie stehen und blickten umschau. Wie sie richtig vermutet, ließ der Kessel vor ihnen etwa hundert Fuß tief, hell ab; auch die gegenüberliegende Seite bot keine Unmöglichkeit, das gewünschte Ziel zu erreichen. Nichts wie also! Kanninga rief: „Los!“

„Nur laßt!“ rief Kanninga, „Ihr werdet nun festlich einsehen, daß es besser ist, das Fächerlicht abzuwarten. Ueberbleibsel kommen wir auf dieser Seite gar nicht hinunter, die Kessel sind zu heiß. Doch laßt!“ unterbrach er sich, da leuchtete der Stein wieder: wir hätten auf, uns die Stelle zu merken, denn am Tage wird er schwer zu finden sein.“

„Die Stelle merken?“ fragte Selwyn verwundert. „Wie wollt Ihr denn das anstellen? Da unten herrscht so eine diabolische Finsternis!“ Kanninga antwortete nicht, sondern zog sich leise ein Bündel Stöcke unter seinem Rammstod hervor, die sich bei näherer Betrachtung als Pfeile erwiesen. Alsdann brachte er noch einen Bogen und einlege in ein Tuch gewickelte Stäbchen Rast zum Vorschein.

„Was Ihr für ein findiger Kopf seid!“ äußerte Selwyn, voll Interesse aufschauend, wie der andere den Rast an den Pfeilen befestigte. „Ich konnte es mir gar nicht erklären, wozu Ihr die Finger mitschleppt.“

Ein echter Schachspieler muß auf alles bedacht sein,“ erwiderte Kanninga, den Bogen spannend und sorgfältig zielend. „Der Rast wird deutliche Spuren hinterlassen,“ bemerkte er, während er sämtliche Pfeile in die Tiefe sandte, „und das wird uns die Arbeit sehr erleichtern. Morgen früh werden wir sehen, ob es möglich ist, den Schatz zu heben. Doch mich dünkt, für den, der ihn gesehen hat, gibt es kein Unmöglich. Meint Ihr nicht auch, Selwyn?“

Dieser stimmte bei, und nachdem sie den leuchtenden Stein noch eine Weile betrachtet hatten, kehrten sie an ihren Lagerplatz zurück, mit begrifflicher Ungeduld den Anbruch des Tages erwartend.

Als der Morgen anbrach, machten sie sich, wohl an-

oder eine revolutionäre, können die Alliierten nicht ver-
gessen. Wilson wurde einer revolutionären Dis-
ziplin gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen,
den er der Diktatur der Hohenzollern gegenüber einge-
nommen habe: Der Gewalt keinen Frieden und kein
Prolet! Ein reichliches demokratisches Deutschland werde
schneller, als vielleicht seine eigenen Söhne es erwar-
ten, wieder zu einer geeinigten Völkergemeinschaft ge-
langen.

Spanien.

(d.) Genf, 17. Nov. Dem „Temps“ wird aus
Cartagena gemeldet, daß die spanischen Be-
hörden Maßnahmen zur Internierung des
Kommandanten des deutschen U-Bootes „U. 39“ getrof-
fen hätten.

von Bayer.

(b.) Berlin, 18. Nov. Der bisherige Vizeminister
und hochverdiente liberale Politiker, Herr v. Bayer,
beabsichtigt, sich vom politischen Leben zurückzuziehen.
Er hat seinen politischen Freunden erklärt, daß er auch
eine eventuelle Wahl zur Nationalversammlung nicht
annehmen würde.

Der Einzug der Franzosen im Elsaß.

(d.) Genf, 18. Nov. In Paris veranstaltete
die Regierung auf der Place de la Concorde vor der
Straßburg-Statue eine große öffentliche Feier zu Ehren
der Rückkehr Elsaß-Lothringens zu
Frankreich. Präsident Poincaré hielt die
Festrede, wobei er versicherte, daß nach den Gefühlen
des französischen Volkes und der Elsaß-Lothringer selbst
nur eine einfache Rückkehr der verlorenen Provinzen
möglich, eine vorherige Befragung aber
ausgeschlossen sei.

(d.) Straßburg, 18. Nov. Die Blätter mel-
den: Der Einzug der Franzosen in Mülhausen war
ein friedlicher. Es sind drei Infanterie-Regimenter
mit Artillerie und Stütztruppen einmarschiert. Eine Ab-
ordnung des Gemeinderats Mülhausen ist den franzö-
sischen Truppen entgegengefahren. Die Mülhausener Be-
völkerung hat die einrückenden Truppen jubelnd
empfangen.

(d.) Genf, 19. Nov. „Homme libre“ schreibt zur
Einführung von französischen Zivilkommissaren in El-
saß-Lothringen, auch diese Maßnahme sei nur
eine provisorische. Die Entscheidung über die
staatliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens werde
erst auf der Friedenskonferenz fallen.

(d.) Moskau, 19. Nov. Im Laufe des gestrigen Nach-
mittags sind die ersten Vortruppen der Alliierten —
Franzosen, Engländer und Amerikaner — in Autos,
sowie in kleinen Abteilungen hier eingetroffen.

(d.) Kolmar, 18. Nov. Der Einzug der fran-
zösischen Truppen in Kolmar erfolgte heute Mor-
tag vormittag. Eine Abordnung von Kolmar ist gestern
nach Gerardmer gefahren, um mit dem französischen
Kommando Rührung zu nehmen.

Die Notlage der Rheinlande.

(d.) Köln, 18. Nov. Die „Kölnische Zeitung“
veröffentlicht nachstehenden Funkspruch an alle Zeitungen
in den Ländern der Alliierte und an alle Zeitungen in
den neutralen Ländern: Die Vertreter der
Presse in Köln und im Rheinland weisen
die Zeitungen der ganzen Welt auf die unerträ-
gliche Notlage der Rheinlande hin, in die
sie die harten Waffensstillstandsbedingungen versetzen. Die
Herausgabe eines großen Teiles des Eisenbahnmateri-
als beruht auf der Erschöpfung der Verbindung
mit dem Osten zur Hungersnot. Es ist uns
außerdem unmöglich, große Befestigungen zu verpflegen.
Der Rückzug der Armee durch unser Land beschleunigt
außerdem den Verbruch an Lebensmitteln. Wir bitten
im Namen der Menschlichkeit die Presse der ganzen Welt,
für die bedrohten Rheinlande einzutreten und fordern,
daß das durch den langen Krieg schon erschöpfte Land
nicht völlig niedergedrückt werde. Der frei-
heitliche Sinn in den alten Kulturländern am Rhein ist
der ganzen Welt bekannt. Schützt uns darum durch
die Macht Eures Einflusses vor Gewalttat und Un-
menschlichkeit!

Revolutionäre in München.

(d.) München, 18. Nov. Gestern abend fand
im hiesigen Nationaltheater eine revolutionäre
Feier statt, zu der aus allen Gauen die Vertreter der
Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte erschienen waren.
Auch die Minister des Volksrats Bayern und das Prä-
sidium des derzeitigen provisorischen Parlaments hatten
sich eingefunden. Nach einem Musikstück ergriff der bay-
rische Ministerpräsident Kurt Eisner das Wort zu
einer Festansprache, in der er zunächst der um-
wälzenden Ereignisse der ersten Novembertage gedachte
und dann ungefähr folgendes ausführte: Wir haben
heute die Zuversicht, daß es uns gelingen wird, ohne
Rückschlag, ohne Demütigung und ohne Gewalt den Weg
zur neuen Zeit zu finden. Wir, die wir eine neue
Form der Demokratie zu entwickeln. Wir wollen die
Händelnde Mitarbeit aller Schaffenden in Stadt und im
Land. Wir bekennen unsere Schuld und bahnen damit
den Feinden den Weg für innere Verständigung und
Versöhnung. Wir begrüßen jene, die unsere Feinde
waren. Wir senden unsere Grüße zu den Völkern Frank-
reichs, Italiens, Englands und Amerikas und wir
wollen mit ihnen gemeinsam die neue Zeit aufbauen.
Alle, die reinen Herzens, klaren Geistes und festen Wil-
lens sind, sind berufen, an dem neuen Werk mitzu-
arbeiten. Vergessen wir, was war, vertrauen wir dem,
was wird. Eine neue Zeitrechnung beginnt, die Frei-
heit erhebt ihr Haupt, folgt ihrem Ruf.

Um den Frieden.

(d.) Berlin, 19. Nov. Die Londoner „Morning-
post“ meldet, daß nach dem Vorgange Frankreichs nun-
mehr auch die englische Regierung sich bereit er-
kläre, mit Deutschland einen Präliminarfriede
abzuschließen.

(d.) Genf, 19. Nov. „Journal des Debats“ be-
richtet von bedeutenden Milderungen der Waf-
fensstillstandsbedingungen gegenüber
Deutschland, sobald der Präliminarfriede unterzeichnet ist.

(d.) Sankt Petersburg, 19. Nov. Aus Tokio wird ge-
meldet: Die japanischen Gesandten in London und in
Paris, Genda und Marui, wurden zu japani-
schen Delegierten für die Friedenskonferenz ernannt.

Lothales und Provinzielles.

Schierke, den 19. November 1918.

× Gemeindevorsteherwahl. Gestern
abend fand unter dem Vorsitzende des Herrn Bürger-
meisters Schmidt eine Sitzung der Gemeindevorstellung
statt, zu welcher die Herren Gemeindevorordneten Spitz,
Wehner, Schäfer G. H. II, Eber, Striller, Koffel, Selz,
Schmidt Ehr., Gaebel, Kuhn, Kicker, Welpthal, Moser
und Klein, und vom Gemeindevorstand die Herren
Sanitätsrat Dr. Bayerthal und Seipel erschienen waren.
Ueber diese Sitzung berichten wir das Nachstehende.

Zuerst fand eine Schöffen-Erziehungs-Wahl statt, da die
Periode des Herrn Bauwart Hesse abgelaufen war.
Herr Hesse wurde wieder gewählt.

1. Besuch der Lehrpersonen um Gewährung von Ortszulagen.
Die Beschlusssatzung wurde zunächst ausgelesen, um,
wenn möglich, über die Höhe der Ortszulagen mit den
Nachbargemeinden eine Einigung zu erzielen. Weitere
Beschlusssatzung ergiebt demnächst.

2. Besuch der Nachwächter um Gehaltssteigerung.

Diesem Antrage wurde Folge gegeben, eine 20% ige
Erhöhung des Gehaltes wurde beschlossen in Anerkennung
der herrschenden Teuerung und der zu leistenden Dienste.

3. Beschlusssatzung über Verkauf von Teilen des Stoll'schen
Platzes.

Es handelt sich um den Verkauf eines kleinen
Teiles des Stoll'schen Platzes, für welchen überhaupt
nur 2 Interessenten in Frage kommen. Dem Verkaufe
wurde zugestimmt und sollen weitere Verhandlungen
gepflogen werden.

4. Beschlusssatzung über Uebernahme der Kosten des Bauern-
und Arbeiterrats.

Die Uebernahme der voraussichtlich nur sehr geringen
Kosten wurde beschlossen.

Nach Erledigung der Tagesordnung schloß Herr
G. V. Schäfer II die Einquartierungsfrage an. Allgemein
war man der Ansicht, daß die Unterbringung der auf
Märchen befindlichen Truppen in Sälen und Schulen
u. dgl. erfolgen soll, um Krankheiten zu vermeiden. 3. Zl.
ist von einer Einquartierung noch nichts bekannt.

× Einführung des Achtstundentages.
Um eine drohende Arbeitslosigkeit zu verhindern, hat der
Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen, in den Kreisen Wies-
baden Stadt und Land, im Untermain- und Rheingau-
kreis den Achtstundentag einzuführen. Für den Ausfall
an Arbeitsstunden ist ein Lohnausgleich einzuführen.

** In den nächsten Tagen werden die kath. Schwestern
ihre alljährliche Hausammlung abhalten. Wir
empfehlen sie dem freundlichen Wohlwollen und der
Opferwilligkeit der Einwohnerschaft aufs wärmste.

× Anmeldung beim Bezirkskommando.
Anmeldungen bei dem Bezirkskommando Wiesbaden,
Beitramstraße 3, können des starken Andrangs wegen
nur von 8½ bis 12 Uhr vorm. und von 3 bis 6 Uhr
nachm. angenommen werden.

× Fortfall der fleischlosen Wochen.
Für die am 18. November beginnende Woche kann
die Ausbringung und Heranschaffung von Vieh und
Fleisch aus technischen Gründen nicht mehr in die Wege
geleitet werden. Es muß daher dabei verbleiben, daß
die Woche vom 18. bis 24. November fleischlos ist.
Es wird aber diese Woche die letzte fleischlose Woche sein.
Die für Dezember 1918 und Januar 1919 in Aussicht
genommenen fleischlosen Wochen werden in Wegfall
kommen, da zu erwarten ist, daß durch die bevorstehende
Demobilisierung die nötigen Fleischmengen für die
versorgungsbedürftige Zivilbevölkerung frei werden.

× Aufhebung der für den 4. Dezember
1918 angeordneten Volkszählung. Unter
den inzwischen eingetretenen Verhältnissen wird die
Durchführung der Volkszählung am 4. Dezember 1918
und einer sich daran anschließenden Fortschreibung der
Zivilbevölkerung, insbesondere wegen der starken Be-
mobilmachungsverschiebungen, welche durch die Demobilisation
und das Zurückströmen der Heeresangehörigen in die
Heimat bewirkt werden, auf erhebliche Schwierigkeiten
stoßen, auch dürfte die Ergebnisse dieser Erhebungen
sehr unzuverlässig ausfallen. Es ist daher von der
Reichsleitung angeordnet, daß die Bundesratsverord-
nungen vom 24. Oktober 1918 über die Volkszählung
und über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung nicht
in Wirksamkeit treten und die dafür eingeleiteten Vor-
bereitungsarbeiten eingestellt werden.

× Erhöhung der Mehrlation. In Ver-
folg der Erklärung des Kriegsernährungsamtes vom 7.
November 1918 gibt die Reichsgetreidestelle bekannt,
daß vom 1. Dezember ds. Js. ab die tägliche Mehrlation
allgemein um 40 Gramm erhöht wird. Den Schwer-
und Schwerstarbeitern wird diese Erhöhung auf ihre
Zulagen angerechnet. Die erhebliche Verbesserung auch
für sie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre
Familienmitglieder.

× Vierung von Wintergetreide zu
Saatzwecken. Nach der Saatgutverkehrsordnung
ist die Vierung von Saatgetreide zu Saatzwecken nur
bis 15. November zulässig. Da infolge des allgemeinen
Arbeitsmangels und der Grippeerkrankungen die Herbst-
bestellung vielfach noch nicht beendet ist, hat der Staats-
sekretär des Kriegsernährungsamtes angeordnet, daß

Wintergetreide zu Saatzwecken noch bis zum 15. Dezember
geliefert werden darf.

* Zur Gemüse- und Obstbewirtschaftung im Jahre 1919. Die Reichsstelle für Gemüse
und Obst hat sich nunmehr entschlossen, auch für das
Jahr 1919 an dem zwei Jahre hindurch bewährten
System der Lieferungsverträge für Gemüse festzuhalten.
Die neuen Vertragsmuster für Lieferungsverträge über
Frühgemüse und Herbstgemüse, die jetzt zur Ausgabe
gelangen und im Reichsanzeiger Nr. 268 veröffentlicht
sind, weichen von den im Vorjahre gebrachten Vertrags-
mustern in einigen Punkten ab. Für die Anbauer er-
scheint es von besonderer Bedeutung, daß in den neuen
Lieferungsverträgen die Spannung zwischen Herbst- und
Dauerware bei Weißkohl, Rotkohl und Wirsingkohl
auf 2 Mark je Zentner erhöht wurde, um den Anbau
der Dauerkohlarten zu fördern. Der Erzeugerhöchstpreis
für kleine runde Karotten wird in Zukunft in gleicher
Höhe bemessen wie für die roten Möhren und länglichen
Karotten. Die bisherige Unterscheidung hatte außerordent-
lich viele Unstimmigkeiten ergeben. Auch ist umfang-
reicher Anbau der kleinen, runden Karotte (Pariser
Karotte) wegen ihrer geringen Erträge volkswirtschaftlich
bei den durch den Krieg bedingten Ernährungsverhält-
nissen nicht erwünscht. Von den sonstigen Änderungen
ist noch hervorzuheben, daß gegen den Spruch des
Schiedsgerichts, das unter Ausschluß des ordentlichen
Rechtsweges zur Entscheidung über alle Streitigkeiten
aus den Verträgen zuständig ist, nunmehr die Berufung
an ein bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst ein-
gerichtete Oberschiedsgericht eingeführt worden ist.
Ausdrücklich wird betont, daß die Verwendung von
anderen als den von der Reichsstelle für Gemüse und
Obst ausgegebenen amtlichen Vertragsmustern unter keinen
Umständen zulässig ist und daß Verträge, die auf anderen
Formularen abgeschlossen sind, auf keinen Fall auf die
Genehmigung der Reichsstelle rechnen können. Wie in
diesem Jahre hat sich auch für das Jahr 1919 die
Reichsstelle für Gemüse und Obst eine Anzahl von Ge-
bietern vorbehalten, in denen sie sich zur Deckung des
Bedarfs von Heer und Flotte mit Gemüsefabrikanten
und zur Schaffung einer Notstandsreserve die Abschließung
von Lieferungsverträgen über Herbstgemüse ausschließlich
vorbehält. Das Verzeichnis dieser Sperrgebiete wird
gleichzeitig mit den neuen amtlichen Vertragsmustern be-
kanntgegeben. Nachdrücklich wird darauf hingewiesen,
daß die Sperrgebiete in diesem Jahr abschließend besonders
frühzeitig bekannt gemacht sind. In den gesperrten
Gebieten vor Bekanntgabe der Sperrung ab-
geschlossene Verträge können unter keinen Umständen
auf Genehmigung durch die Reichsstelle hoffen.

Ein Grippe Serum.

H. In der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“
macht Dr. Hohlweg von der Anwendung und den Erfolgen
eines Serums gegen Grippe Mitteilung, das aus dem Blute
von Personen gewonnen wird, die sich im Genesungsstadium
nach einer Grippeerkrankung befinden. Der Influenzaba-
zillus, der ja aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Erreger
der Grippe gleichbedeutend ist, beherbergt ein sehr starkes
Gift. Man muß daher annehmen, daß bei Kranken, welche
die Infektion überwinden, auch eine rasche Wegentfaltung
stattgefunden hat, und es liegt also nahe, das Serum
von Grippeerkrankten, welches demgemäß einen hohen
Gehalt von Gegengiften aufweist, Grippekranken einzspritzen.
Man verzweigt damit, den Erkrankten frühzeitig, noch ehe
der Körper selbst zu einer stärkeren Bildung von Gegengiften
geschritten ist, solche Antitoxine künstlich einzuführen, und
ihnen dadurch über das kritische Stadium hinwegzuhelfen.
Für die Anwendung dieses Verfahrens eignen sich Fälle
mit einem schweren kranken Allgemeinzustand, und zwar
noch, ehe Verwundungen, insbesondere Lungenentzündungen
eingetreten sind. Bei der ausgesprochenen Lungenentzündung
wird das Serum keine große Wirkung mehr haben und jeden-
falls den örtlichen Krankheitsprozeß kaum mehr beeinflussen
können.

Zur Behandlung werden nur sehr schwere Fälle aus-
gewählt. Bei leichten Grippekranken ist die Anwendung des
Serums überflüssig. Eine allgemeine Behandlung aller
Grippekranken mit dieser Methode ist schon darum nicht
möglich, weil die Beschaffung von so großen Serummen-
gen auf Schwierigkeiten stoßen würde. Der Erfolg der Be-
handlung ist in den meisten Fällen ein sehr deutlicher; in ein-
zelnen war er geradezu überraschend. Meist stellt sich sechs-
bis 12 Stunden nach der Injektion ein Sinken der Tempe-
ratur und eine deutliche Besserung des Allgemeinzustandes
ein. Mitunter sind zur Herbeiführung einer merklichen
Wirkung mehrere Injektionen an aufeinanderfolgenden Ta-
gen nötig. Oft trat nach der ersten oder zweiten Injektion
eine völlige Entfieberung und ein vollständiger Umschwung
des bis dahin außerordentlich schweren Krankheitszustan-
des ein.

Es besteht die Hoffnung, daß durch das Verfahren mit
dem Konvaleszenten Serum ein nicht unbeträchtlicher Teil
von Menschen, die schwer an der Grippe erkrankt sind, ge-
rettet werden kann.

Bemischtes.

Verkäufe unedlerer Art. Aus Ettingen
wird berichtet: Einen „billigen Verkauf“ veranstaltete die
Mannschaft eines Bagagewagens. Sie führten alle mög-
lichen Gegenstände, wie wollene Decken, Betttücher,
Uniformteile, Stiefel, Kissen, Pferdegeschirre, Hand-
werkzeuge u. dgl., die sie an ein faustküstiges Publi-
kum abgaben. Für Decken wurden bis zu 20 Mark,
für Robrstiefel bis zu 30 Mark und für Betttücher bis
30 Mark bezahlt. Dem Treiben machte erst der Sol-
datentrain ein Ende. — Aus Belgien hören wir,
daß man dort Uniformstücke, Speisekarten, ja sogar Ra-
schengewebe für ein Spotzgeld verkauft habe. — Beim
Durchzug durch Holland hat man allerdings Uniform-
stücke an die Bewohner verkauft. Auffallenderweise
sollen die jungen Mannschaften daran beteiligt sein.

Das Vermögen des Kaisers. Der frühere Kaiser hat durch Beschluß der revolutionären Regierung das Kronfideicommißvermögen verloren, dagegen alles in seinem und seiner Familie Sondereigenthum stehende Vermögen behalten. Es wird nicht leicht sein, die beiden großen Vermögensgebiete reinlich zu scheiden. Das preussische Finanzministerium, dem künftig — an Stelle des Hausministeriums — die Verwaltung des Kronfideicommißfonds obliegt, wird manche staatsrechtliche Kux zu machen und manchen Zivilprozeß auszufechten haben. Im allgemeinen kann grundlegend festgestellt werden, daß von den 90 Herrschaften, Rittergütern, Pachtgütern und Baldherrschaften der ehemaligen preussischen Krone nur 7 wirkliche Krongüter sind, also zum Kronfideicommißvermögen gehören. 83 bleiben Sondereigenthum des Kaisers. Von diesen 83 Gütern sind die meisten mit den bekannten kaiserlichen Schössern verbunden. Das Königschloß in Berlin, zu dem ein Gut nicht gehört, ist ein Krongut, dagegen sind die beiden andern Schlösser, nämlich das Schloß Bellevue und das Schloß Monbijou Privateigenthum des Kaisers. In Potsdam sind 13 Paläste Privateigenthum des Kaisers mit dem ganzen dazu gehörigen Grundbesitz. Hannover hat ein Residenzschloß, das aber nicht Privateigenthum des Kaisers ist; ebensowenig wie die Stadtschlösser in Steint und Kassel. Dagegen sind die Schlösser Wilhelmshöhe und die Löwenburg wohl dem Kaiser persönlich zugehörig. Er hat ferner Privateigenthum noch in Breslau (das Schloß am Erezierplatz), in Charlottenburg, in Wiesbaden, Freienwalde a. O., in Königsberg, in Celle, in Stralsburg i. E., in Königsruferhausen, in Osnabrück, in Trouville, in Kominten, in Schönhausen bei Berlin, in Schwedt a. O., in Homburg v. d. H., Oliva, Koblenz, ferner gehören ihm noch mehrere Jagdschlösser, das Jagdschloß Hubertuslod, das Jagdschloß Göhrde, das Jagdschloß Kominten, das Jagdschloß Springe, das Jagdschloß Mehlingen und Gborgsgarten. Ebenso ist das Schloß Bentath Privateigenthum des Kaisers, auch Cabinen und das Schloß zu Brihl. Das heutige bare Vermögen des Kaisers wird auf 20 Millionen M. geschätzt, der Zinsenertrag daraus auf 900 000 M.

Betr. Ausgabe von Frankeneiern.

Die Ausgabe von Reanteneiern findet Donnerstag, den 21. d. Mis. von 9—10 Uhr auf Zimmer Nr. 1 im Rathause gegen Vorzeigung der Ausweise statt. Ein Ei kostet 65 Bfg.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein Geldbetrag.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathhauses.

Als verloren ist gemeldet:

Eine Pferdedecke.

Abzugeben auf Zimmer 1 des Rathhauses gegen Belohnung.

Die hiesige Einwohnerschaft wird darauf hingewiesen, daß von den Bäckern und Brotverkaufsstellen Brot nur gegen Abgabe der in der laufenden Woche gültigen Brotskarten, nicht aber solcher älteren Datums, verabfolgt werden darf.

Schierstein, den 19. November 1918

Der Bürgermeister: Schmidt.

Einführung des Achtstundentages.

Um einer drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen, wird für alle Vertriebe des Stadt- und Landkreises Wiesbaden, des Untermain- und Rheingaukreises vom Montag, den 18. Nov. ab der Achtsundbennag eingeführt. Für den Ausfall an Arbeitsstunden ist ein Lohnausgleich einzuführen.

Gefetze und Verordnungen.

Es wird der Einwohnerschaft hierdurch bekannt gemacht, daß alle bestehenden Gesetze und Verordnungen noch zu Rechte bestehen mit Ausnahme derjenigen, die durch ministerielle Verfügung außer Kraft gesetzt sind.

Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte.

Am Mittwoch, den 20. Nov., nachm. 3 Uhr, findet im Schlosse zu Wiesbaden eine **Versammlung der Arbeiter, Soldaten- und Bauerräte** aus den Kreisen Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Untertaunus- und Rheingaukreis statt. Jede Gemeinde schickt 2 Räte, die mit einem vom Arbeiter- und Bauerrat der betreffenden Gemeinde und der Gemeindebehörde beständigen Ausweis versehen sein müssen.

Maschinenschlosser,
Eisendreher,
Hilfsarbeiter

für dauernde Arbeit gesucht.

Maschinenfabrik Rhénania,
E. Mauthe,
Niederwalluf a. Rhein.

Trauer-Drucksachen

in vornehmer Ausführung, auf Wunsch
in wenigen Stunden, liefert

Buchdruckerei W. Probst

finden ständige Beschäftigung bei
Rheingau Elektrizitätswerke A.-G.,
Ettville a. Rhein.

sofort gesucht.

Aktiengesellschaft für chemische Produkte
vormals H. Scheidemandel
Schierstein.

F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6½ Uhr.
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6½ Uhr geöffnet

ähnlichste Feinschnitt-
mischung **M. Guttmann's**
„Goldrose“ mit Tabak-
lange stark getränkt, das
beste was bisher geleistet
wurde. **50 Gramm 70 Pfg.**
in den einschl. Geschäften
erhältlich. Wiederverkäufer
verlangen Angebot.

M. Guttmann
Berlin O 27, Alexanderstr. 22.
Generalvertreter: **Philipp**
Köppler, Frankfurt a. M.,
Koernerwiese 13.
Eingeführte Reisevertr. gesucht.

sucht Stelle als Wächter,
Portier oder Bürodienner.
Näheres Johannisroße 5
Hinterhaus.

Handlanger u. Maurer
such!

Ed. Rehuert.

Neume
Hauschlachtungen
an. Heinrich Breuſig.

Küchenschürzen

(Cellulose hübsche dunkle
Muster; gepunkt u. gestreift
gewöhnl. weiß à Stk. 6,75 M
extra weiß „ „ 9,80 „
mit Träger „ „ 10,80 „
verarbeitet pr. Nachn., 10
lange Vorlauf reicht

Verbandsgeschäfte

W. Blath, Strehoe
i. S.
normal 6 H. Keesen Bros.

Fortschrittliche Volks-Partei, Schierstein.

Wir laden sämtliche Einwohner

Männer und Frauen

zu einer

öffentlicher Versammlung

am Dienstag, den 19. ds. Mts., abends 8 Uhr, im Saale des Gasthauses zum „Deutschen Kaiser“ ein.

Thema: Politische Tagesfragen.